



In der FDP wird ein Bürgergeld diskutiert. Bundesvize Andreas Pinkwart will es auch als Sanktionsmittel verstehen. Foto: dpa

Als ein verkapptes Kombilohn-Modell bezeichnete das „Netzwerk Grundeinkommen“ das Anfang Mai in Köln auf dem FDP-Bundesparteitag verabschiedete Modell eines „liberalen Bürgergeldes“. „Im Gegensatz zu einem echten Bürgergeld, das einen individuellen Rechtsanspruch auf eine existenzsichernde Grundversorgung jenseits der Erwerbsarbeit beinhaltet, ist das FDP-Bürgergeld lediglich eine Bündelung von bestehenden Transferleistungen wie BAföG, Kindergeld, Wohngeld und Arbeitslosengeld II,“ kritisiert Günter Sölken, Sprecher des Netzwerks, dem auch die KAB angehört.

Das Modell von Andreas Pinkwart, Vorsitzender der FDP-Kommission „Bürgergeld Negative Einkommensteuer“ (KoBüNe), steht der christlichen Ethikvorstellung vom Arbeiter im Weinberg entgegen. Wie das ALG II versucht das FDP-Bürgergeld restriktiv auf Arbeitssuchende einzuwirken. „Die Sanktionsmechanismen müssen“, so Pinkwart, „konsequent angewendet werden. Deshalb wird die Pauschale für den Lebensunterhalt um bis zu 30 Prozent gekürzt, wenn angebotene zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Eine weitere Ablehnung zieht die gleiche Rechtsfolge nach sich“, so der FDP-Vize. Die radi-

FDP-Bürgergeld ist kein Grundeinkommen

Liberaler Existenzsicherung auf niedrigerem Niveau

kalen Kürzungsmöglichkeiten des FDP-Bürgergeldes widersprechen dem Grundgesetz aber auch den Vorstellungen von einem Grundeinkommen.

Das Bürgergeld ist bei näherer Betrachtung sogar eine Absenkung des soziokulturellen Existenzminimums, wie es heute dem ALG II zugrunde liegt. „Ziel ist es, sowohl diese Sozialleistungen wie ALG II, Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld und BAföG, als auch Kindergeld und die mit dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung verbundenen steuerfinanzierten Unterstützungsleistungen für Kinder und Personen mit unzureichendem Einkommen im Bürgergeld zusammenzufassen.“ Pinkwart geht von einem heutigen Betrag von 500 Euro aus. Wenn davon noch Wohnungsmiete gezahlt werden muss, wird das Bürgergeld zum Bettler-Almosen.

Deutlich ist die Verbindung von Bürgergeld und Kombilohn. Das Bürgergeld soll laut Netzwerk-Sprecher Sölken zu einem staatlich subventionierten Niedriglohnbereich führen. „Die Nachfrage und damit das Angebot an Arbeitsplät-

zen im Niedriglohn (soll) gesteigert werden“, so Pinkwart. „Arbeitgeber werden – die notwendige Lohnöffnung der Tarife vorausgesetzt – vermehrt Arbeit für nicht- oder gering qualifizierte Bürgergeldempfänger anbieten, deren Arbeitskraft eine nicht existenzsichernde Wertschöpfung hat.“ Der Ausbau von Arbeitsplätzen, die nicht mehr zu einem existenzsichernden Einkommen reichen, geschweige denn zur Ernährung einer Familie, sollen ausgeweitet werden. Das Bürgergeld sieht der Wirtschaftsliberale Pinkwart „als marktorientiertes Anreizmodell“.

Im „Netzwerk Grundeinkommen“ wird von anderen Voraussetzungen ausgegangen. Steigende Produktivität, wachsende Automation, Überproduktion und zunehmende Rationalisierungen werden die menschliche Erwerbsarbeit immer stärker verdrängen. Die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wird zur Illusion“, erklärt Netzwerk-Sprecher Sölken. Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll gesellschaftliche Teilhabe auch jenseits der Erwerbsarbeit ermöglichen. ■

Anzeige



Militärseelsorge
Tauberbischofsheim



KATHOLISCHE
ARBEITNEHMER-
BEWEGUNG
Main-Tauber-Kreis
Internationale Arbeit

**„Als Straßenkind wird man von allen verachtet,
alle geben dir einen Tritt in den Hintern!“**

Seien Sie Pate!

Um Straßenkindern in Rumänien (Oradea) einen ersten Schritte zu einem normalen Leben zu ermöglichen suchen wir Menschen, die für mindestens 15 Euro monatlich eine symbolische Patenschaft übernehmen.

**Weiter Infos: (09345) 1037 oder
schreiben Sie an Diakon Manfred Nenno, Kolpingstraße 38, 97900 Kulsheim**